

## **Kleine Anfrage betreffend Reussdammsanierung «Beugerank» (Gemeinde Hünenberg) im Lichte des Bundesgerichtsurteils zur Reuss**

Am 30. April 2026 hat der Kantonsrat den Objektkredit von 17,2 Millionen Franken für die Reussdammsanierung Hünenberg (Reussshalde-Sinserbrücke) in zweiter Lesung deutlich gutgeheissen (Geschäft-Nr. 4014).

Nur einen Tag später, am 1. Mai 2026, hat das Bundesgericht über die Beschwerde von Aqua Viva und WWF gegen das praktisch gleichartige luzernische Reussprojekt entschieden (Urteil 1C\_64/2024; siehe Beilage). Das Bundesgericht hat die Beschwerde teilweise gutgeheissen und das Projekt zur erneuten Interessenabwägung an die Regierung zurückgewiesen. Es betont, dass der natürliche Verlauf der Reuss ausserhalb überbauter Gebiete möglichst wiederherzustellen ist (Art. 37 Abs. 2 GSchG) und dass an einer naturnahen, eigendynamischen Aue ein überragendes öffentliches Interesse besteht. Eine bloss minimale Lösung kann diesen Anforderungen unter Umständen nicht genügen.

Der WWF hatte bereits im Dezember 2025 Bedenken gegen das Zuger Projekt geäussert – namentlich, dass es mit dem bundesrechtlich minimalen Gewässerraum arbeitet, obwohl die Gemeinde Hünenberg den Gewässerraum der Reuss noch nicht ausgeschieden hat – und eine Einsprache als nicht ausgeschlossen eingestuft.

Gemäss dem Terminplan der Vorlage sind die öffentliche Planaufgabe auf das 1./2. Quartal 2026 und die Baubewilligung auf das 4. Quartal 2026 angesetzt, der Baubeginn auf Ende 2027 – «vorbehältlich allfälliger Rechtsmittel». Das eingangs erwähnten Urteil trifft damit mitten in diese Planaufgabe- und Bewilligungsphase.

Vor diesem Hintergrund stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

- 1. Wie beurteilt der Regierungsrat das Bundesgerichtsurteil 1C\_64/2024 mit Blick auf das Zuger Reussprojekt und die künftige Entwicklung der Reuss in diesem Abschnitt?*
- 2. Das Projekt sichert den Damm über eine Sondernutzungsplanung auf dem bundesrechtlich minimalen Gewässerraum, obwohl die Gemeinde Hünenberg den Gewässerraum der Reuss noch nicht ausgeschieden hat. Ist der Regierungsrat überzeugt, dass die vorgenommene Interessenabwägung den Anforderungen genügt, die das Bundesgericht im erwähnten Urteil aufgestellt hat?*
- 3. Ist die Baudirektion gewillt, das Projekt in der vorliegenden Form weiterzuverfolgen, oder sieht sie – wie im Fall Luzern – Anlass, die Interessenabwägung vor der Baubewilligung (4. Quartal 2026) zu überprüfen?*
- 4. Ist der Regierungsrat bereit, die Umweltorganisationen im laufenden Planaufgabe- und Bewilligungsverfahren aktiv einzubeziehen und ihnen Einsicht in die projektrelevanten Unterlagen – einschliesslich der Stellungnahme des BAFU – zu gewähren, um Differenzen zu klären, allfällige Projektanpassungen im Lichte des erwähnten Entscheides vorzunehmen und so ein langwieriges Rechtsverfahren möglichst zu vermeiden (Hinweis: Das Luzerner Verfahren zog sich von der Planung bis zum Bundesgerichtsentscheid über rund zwei Jahrzehnte hin; allein das Beschwerdeverfahren ab der Projektgenehmigung dauerte rund vier Jahre.)*

Für die SP-Fraktion  
Rupan Sivaganesan

Beilage: [Urteil des Bundesgerichts 1C\\_64/2024 vom 1. Mai 2026](#)